

P. b. b. Erscheinungsort Wien, Verlagspostamt 1030 Wien

Stenographisches Protokoll

104. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

XIII. Gesetzgebungsperiode

Montag, 8. April 1974

Tagesordnung

Bericht des Bundeskanzlers über die zeitweilige Verhinderung des Bundespräsidenten und seine Vertretung

Inhalt

Nationalrat

Entschließung des die Funktionen des Bundespräsidenten ausübenden Bundeskanzlers: Einberufung des Nationalrates zu einer außerordentlichen Tagung (S. 10231)

Personalien

Krankmeldung (S. 10231)

Bundesregierung

Vertretungsschreiben (S. 10231)

Ausschüsse

Zuweisungen (S. 10231, S. 10232 und S. 10233)

Verhandlungen

Bericht des Bundeskanzlers über die zeitweilige Verhinderung des Bundespräsidenten und seine Vertretung

Bundeskanzler Dr. Kreisky (S. 10232)

Eingebracht wurden

Regierungsvorlagen

- 1051: Deklaration über den vorläufigen Beitritt der Philippinen zum Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen (S. 10231)
- 1067: Übereinkommen über die Legitimation durch nachfolgende Ehe
- 1068: Abkommen mit der Organisation der erdöl-exportierenden Länder über den Amtssitz der Organisation der erdöl-exportierenden Länder (S. 10232)
- 1069: Änderung des Hafeneinrichtungen-Förderungsgesetzes
- 1070: Abkommen mit Tunesien über Technische Hilfe
- 1072: Abkommen mit Rumänien und Jugoslawien betreffend die Beteiligung Österreichs an den Investitionsmitteln für die Schifffahrtseinrichtungen am Eisernen Tor
- 1093: Abkommen mit der Schweiz zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Nachlaß- und Erbschaftsteuern
- 1094: Abkommen mit der Schweiz zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen

1095: Leistung eines österreichischen Beitrages an den Fonds des Umweltprogramms der Vereinten Nationen

1100: Veräußerung und Belastung von unbeweglichem Bundesvermögen

1101: Leistung eines vierten zusätzlichen Beitrages zur Internationalen Entwicklungsorganisation (IDA) (S. 10232)

Berichte

gemäß Ziffer 5 des Allgemeinen Teiles des Systemisierungsplanes der Kraft-, Luft- und Wasserfahrzeuge des Bundes für das Jahr 1973, BM f. Finanzen (III-121) (S. 10232)

gemäß § 11 des Bundesgesetzes über die Förderung staatsbürgerlicher Bildungsarbeit im Bereich der politischen Parteien sowie der Publizistik, Bundesregierung (III-122)

Integrationsbericht 1973, BM f. Handel, Gewerbe und Industrie (III-125) (S. 10232)

Immunitätsangelegenheiten

Zurückziehung des Auslieferungsbegehrens gegen den Abgeordneten Marsch (S. 10232)

Anträge der Abgeordneten

Dr. Kreisky, Dipl.-Ing. Dr. Schleinzner, Peter, Robert Weisz, Dr. Koren und Genossen betreffend die Aufhebung des Bundesgesetzes, womit die Vertretung des Bundespräsidenten in Ausführung des Art. 64 des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929 geregelt wird (112/A)

Dr. Kreisky, Dipl.-Ing. Dr. Schleinzner, Peter, Robert Weisz, Dr. Koren und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem die Vertretung des Bundespräsidenten Dr. h. c. Franz Jonas geregelt wird (113/A)

Anfragen der Abgeordneten

Dr. Eduard Moser, Harwalik und Genossen an den Bundesminister für Unterricht und Kunst betreffend Haltungs- und Fußschäden bei der Jugend (1657/J)

Dr. Eduard Moser, Harwalik und Genossen an den Bundesminister für Unterricht und Kunst betreffend allgemeinbildende höhere Schulen — Sanierungsprogramm (1658/J)

Anfragebeantwortungen

des Bundesministers für Verkehr auf die Anfrage der Abgeordneten Dipl.-Ing. Hanreich und Genossen (1557/A.B. zu 1601/J)

des Bundesministers für Finanzen auf die Anfrage der Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Leitner und Genossen (1558/A.B. zu 1594/J)

- des Bundesministers für Finanzen auf die Anfrage der Abgeordneten DDR. Neuner und Genossen (1559/A.B. zu 1605/J)
- des Bundesministers für soziale Verwaltung auf die Anfrage der Abgeordneten Dipl.-Ing. Hanreich und Genossen (1560/A.B. zu 1587/J)
- des Bundesministers für Finanzen auf die Anfrage der Abgeordneten Dipl.-Ing. Doktor Leitner und Genossen (1561/A.B. zu 1593/J)
- des Bundesministers für Unterricht und Kunst auf die Anfrage der Abgeordneten Doktor Gradenegger und Genossen (1562/A.B. zu 1568/J)
- des Bundesministers für Unterricht und Kunst auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Kaufmann und Genossen (1563/A.B. zu 1573/J)
- des Bundesministers für Unterricht und Kunst auf die Anfrage der Abgeordneten Kinzl und Genossen (1564/A.B. zu 1603/J)
- des Bundesministers für Landesverteidigung auf die Anfrage der Abgeordneten Kinzl und Genossen (1565/A.B. zu 1589/J)
- des Bundesministers für Finanzen auf die Anfrage der Abgeordneten DDR. König und Genossen (1566/A.B. zu 1570/J)
- des Bundesministers für Finanzen auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Marga Hubinek und Genossen (1567/A.B. zu 1579/J)
- des Bundesministers für Finanzen auf die Anfrage der Abgeordneten Dipl.-Ing. Doktor Leitner und Genossen (1568/A.B. zu 1592/J)
- des Bundesministers für Finanzen auf die Anfrage der Abgeordneten Melter und Genossen (1569/A.B. zu 1608/J)
- des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft auf die Anfrage der Abgeordneten Kern und Genossen (1570/A.B. zu 1571/J)
- des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft auf die Anfrage der Abgeordneten Neumann und Genossen (1571/A.B. zu 1572/J)
- des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft auf die Anfrage der Abgeordneten Meißl und Genossen (1572/A.B. zu 1597/J)
- des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft auf die Anfrage der Abgeordneten Meißl und Genossen (1573/A.B. zu 1598/J)
- des Bundesministers für Verkehr auf die Anfrage der Abgeordneten Vetter und Genossen (1574/A.B. zu 1562/J)
- des Bundesministers für Verkehr auf die Anfrage der Abgeordneten Vetter und Genossen (1575/A.B. zu 1563/J)
- des Bundesministers für Verkehr auf die Anfrage der Abgeordneten Vetter und Genossen (1576/A.B. zu 1564/J)
- des Bundesministers für Verkehr auf die Anfrage der Abgeordneten Hietl und Genossen (1577/A.B. zu 1584/J)
- des Bundesministers für Inneres auf die Anfrage der Abgeordneten Regensburger und Genossen (1578/A.B. zu 1590/J)
- des Bundesministers für Bauten und Technik auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Stix und Genossen (1579/A.B. zu 1604/J)
- des Bundesministers für Bauten und Technik auf die Anfrage der Abgeordneten Haberl und Genossen (1580/A.B. zu 1607/J)
- des Bundesministers für Unterricht und Kunst auf die Anfrage der Abgeordneten Doktor Gruber und Genossen (1581/A.B. zu 1565/J)
- des Bundesministers für Unterricht und Kunst auf die Anfrage der Abgeordneten Peter und Genossen (1582/A.B. zu 1578/J)
- des Bundesministers für Bauten und Technik auf die Anfrage der Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Leitner und Genossen (1583/A.B. zu 1591/J)
- des Bundesministers für Bauten und Technik auf die Anfrage der Abgeordneten Zeillinger und Genossen (1584/A.B. zu 1600/J)
- des Bundesministers für Verkehr auf die Anfrage der Abgeordneten Regensburger und Genossen (1585/A.B. zu 1602/J)
- des Bundesministers für Verkehr auf die Anfrage der Abgeordneten Melter und Genossen (1586/A.B. zu 1599/J)
- der Frau Bundesminister für Wissenschaft und Forschung auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Marga Hubinek und Genossen (1587/A.B. zu 1574/J)
- des Bundesministers für Verkehr auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Lanner und Genossen (1588/A.B. zu 1610/J)
- des Bundesministers für soziale Verwaltung auf die Anfrage der Abgeordneten Doktor Schwimmer und Genossen (1589/A.B. zu 1617/J)
- des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie auf die Anfrage der Abgeordneten Dkfm. Gorton und Genossen (1590/A.B. zu 1609/J)
- des Bundesministers für soziale Verwaltung auf die Anfrage der Abgeordneten Doktor Schwimmer und Genossen (1591/A.B. zu 1615/J)
- des Bundesministers für Bauten und Technik auf die Anfrage der Abgeordneten Suppan und Genossen (1592/A.B. zu 1595/J)
- des Bundesministers für Unterricht und Kunst auf die Anfrage der Abgeordneten Ing. Letmaier und Genossen (1593/A.B. zu 1623/J)
- des Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Lanner und Genossen (1594/A.B. zu 1612/J)
- des Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten auf die Anfrage der Abgeordneten Deutschmann und Genossen (1595/A.B. zu 1632/J)
- des Bundeskanzlers auf die Anfrage der Abgeordneten Meißl und Genossen (1596/A.B. zu 1596/J)
- des Bundesministers für Landesverteidigung auf die Anfrage der Abgeordneten Marwan-Schlosser und Genossen (1597/A.B. zu 1606/J)

des Bundesministers für Landesverteidigung auf die Anfrage der Abgeordneten Doktor Schmidt und Genossen (1598/A.B. zu 1613/J)

des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie auf die Anfrage der Abgeordneten Westreicher und Genossen (1599/A.B. zu 1614/J)

der Frau Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Wiesinger und Genossen (1600/A.B. zu 1616/J)

des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Lanner und Genossen (1601/A.B. zu 1611/J)

Beginn der Sitzung: 11 Uhr

Vorsitzender: Präsident **Benya**.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Der die Funktionen des Bundespräsidenten ausübende Bundeskanzler hat den Nationalrat mit Entschliebung vom 1. April 1974, Zahl 2295, gemäß Artikel 28 Abs. 2 des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929 zu einer am 8. April 1974 beginnenden außerordentlichen Tagung einberufen.

Auf Grund dieser Entschliebung habe ich diese Sitzung anberaumt.

Die amtlichen Protokolle der 102. Sitzung vom 6. März und der 103. Sitzung vom 7. März 1974 sind in der Kanzlei aufgelegt und unbeanstandet geblieben.

K r a n k gemeldet hat sich der Abgeordnete Dipl.-Vw. Josseck.

Einlauf und Zuweisungen

Präsident: Den in der letzten Sitzung eingebrachten Antrag 110/A der Abgeordneten Dr. Tull und Genossen betreffend Ausarbeitung eines Versorgungssicherungsgesetzes weise ich dem Verfassungsausschuß zu.

Die seit der letzten Haussitzung eingelangten Anfragebeantwortungen wurden den Fragestellern übermittelt. Diese Anfragebeantwortungen wurden auch vervielfältigt und an alle Abgeordneten verteilt.

Ich ersuche nun den Schriftführer, Herrn Abgeordneten Zeillinger, um die Verlesung des Einlaufes.

Schriftführer **Zeillinger:**

„Bundeskanzleramt, 3. April 1974

An Herrn Präsidenten des Nationalrates

Der gemäß Art. 64 Abs. 1 Bundes-Verfassungsgesetz die Funktionen des Bundespräsidenten ausübende Bundeskanzler hat mit Entschliebung vom 3. April 1974, Zl. 2346/74, über meinen Vorschlag, gemäß Art. 73 des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929 für die Dauer der zeitweiligen Verhinderung

des Bundesministers für Gesundheit und Umweltschutz Frau Dr. Ingrid Leodolter am 8. April 1974 den Bundesminister für Justiz Dr. Christian Broda und in der Zeit vom 9. bis 15. April 1974 mich mit dessen Vertretung betraut.

Hievon beehre ich mich, mit dem Ersuchen um gefällige Kenntnisnahme, Mitteilung zu machen.

Häuser“

Präsident: Dient zur Kenntnis.

Schriftführer **Zeillinger:**

„Bundeskanzleramt, 1. April 1974

An Herrn Präsidenten des Nationalrates

Der gemäß Art. 64 Abs. 1 Bundes-Verfassungsgesetz die Funktionen des Bundespräsidenten ausübende Bundeskanzler hat mit Entschliebung vom 1. April 1974, Zl. 2313/74, über meinen Vorschlag, gemäß Art. 73 des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929 für die Dauer der zeitweiligen Verhinderung des Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten Dr. Rudolf Kirchschläger, in der Zeit vom 2. bis 17. April 1974, den Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie Dr. Josef Staribacher mit dessen Vertretung betraut.

Hievon beehre ich mich, mit dem Ersuchen um gefällige Kenntnisnahme, Mitteilung zu machen.

Häuser“

Präsident: Dient zur Kenntnis.

Ich ersuche um die weitere Verlesung.

Schriftführer **Zeillinger:** Von der Bundesregierung sind folgende Regierungsvorlagen eingelangt:

Deklaration über den vorläufigen Beitritt der Philippinen zum Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen (1051 der Beilagen);

Übereinkommen über die Legitimation durch nachfolgende Ehe samt Anhang und Vorbehalte der Republik Österreich (1067 der Beilagen);

10232

Nationalrat XIII. GP — 104. Sitzung — 8. April 1974

Schriftführer

Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Organisation der erdölexportierenden Länder über den Amtssitz der Organisation der erdölexportierenden Länder samt Notenwechsel (1068 der Beilagen);

Bundesgesetz, mit dem das Hafeneinrichtungsförderungsgesetz geändert wird (1069 der Beilagen);

Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Republik Tunesien über Technische Hilfe (1070 der Beilagen);

Abkommen zwischen der Republik Österreich, der Sozialistischen Republik Rumänien und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien betreffend die Beteiligung der Republik Österreich an den Investitionsmitteln für die Schifffahrtseinrichtungen am Eisernen Tor (1072 der Beilagen);

Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Schweizerischen Eidgenossenschaft zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Nachlaß- und Erbschaftsteuern (1093 der Beilagen);

Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Schweizerischen Eidgenossenschaft zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen (1094 der Beilagen);

Bundesgesetz über die Leistung eines österreichischen Beitrages an den Fonds des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (1095 der Beilagen);

Bundesgesetz über die Veräußerung und Belastung von unbeweglichem Bundesvermögen (1100 der Beilagen);

Bundesgesetz über die Leistung eines vierten zusätzlichen Beitrages zur Internationalen Entwicklungsorganisation (IDA) (1101 der Beilagen).

Präsident: Danke.

Ich werde die vom Schriftführer soeben als eingelangt bekanntgegebenen Regierungsvorlagen gemäß § 41 Abs. 4 der Geschäftsordnung in der nächsten Sitzung zuweisen.

Die eingelangten Berichte weise ich wie folgt zu:

Bericht des Bundesministers für Finanzen gemäß Ziffer 5 des Allgemeinen Teiles des Systemisierungsplanes der Kraft-, Luft- und Wasserfahrzeuge des Bundes für das Jahr 1973 (III-121 der Beilagen) dem Finanz- und Budgetausschuß,

Bericht der Bundesregierung gemäß § 11 des Bundesgesetzes vom 9. Juli 1972, BGBl. Nr. 272, über die Förderung staatsbürgerlicher

Bildungsarbeit im Bereich der politischen Parteien sowie der Publizistik (III-122 der Beilagen) dem Verfassungsausschuß und

Bericht des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie über den Stand der europäischen Integration hinsichtlich der österreichischen Wirtschaft sowie über die von der Bundesregierung im Hinblick auf die Integration gesetzten innerösterreichischen Maßnahmen (Integrationsbericht 1973) (III-125 der Beilagen) dem Ausschuß für wirtschaftliche Integration.

Das Ersuchen des Strafbezirksgerichtes Wien um Zustimmung zur strafgerichtlichen Verfolgung des Abgeordneten zum Nationalrat Fritz Marsch wegen Übertretung gegen die Sicherheit der Ehre wurde zurückgezogen.

Bericht des Bundeskanzlers über die zeitweilige Verhinderung des Bundespräsidenten und seine Vertretung

Präsident: Wir gehen in die Tagesordnung ein und gelangen zu deren einzigem Punkt: Bericht des Bundeskanzlers über die zeitweilige Verhinderung des Bundespräsidenten und seine Vertretung.

Ich erteile dem Herrn Bundeskanzler das Wort. Bitte.

Bundeskanzler Dr. **Kreisky:** Herr Präsident! Hohes Haus! Der Kabinettsdirektor hat mir am 27. März 1974 mitgeteilt, daß der Präsidentschaftskanzlei an diesem Tage ein Schreiben der Universitätsprofessoren Dr. Erwin Deutsch und Dr. Herbert Reisner zugegangen sei. In diesem Schreiben hätten die unterzeichneten Ärzte nach Rücksprache und mit Zustimmung von Bundespräsident Dr. h. c. Franz Jonas davon Mitteilung gemacht, daß der Herr Bundespräsident vorübergehend verhindert sei, seine Funktionen auszuüben. Die genaue Dauer der Verhinderung könne zurzeit noch nicht festgestellt werden.

Gemäß Art. 64 Abs. 1 des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929 sind damit alle Funktionen des Bundespräsidenten zunächst auf mich als Bundeskanzler übergegangen. Ich habe mich laufend über das Befinden des Herrn Bundespräsidenten informiert.

In den letzten Tagen hat sich bedauerlicherweise herausgestellt, daß die Verhinderung des Herrn Bundespräsidenten voraussichtlich länger als 20 Tage dauern wird. Für den Fall einer solchen Verhinderung des Bundespräsidenten sieht Art. 64 Abs. 1 des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929 vor, daß die Vertretung des Bundespräsidenten

Bundeskanzler Dr. Kreisky

bundesgesetzlich zu regeln ist. Es besteht zwar das Bundesgesetz vom 22. April 1948, BGBl. Nr. 84, womit die Vertretung des Bundespräsidenten in Ausführung des Artikels 64 des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929 geregelt wird, gegen das aber von der österreichischen Verfassungsrechtslehre Bedenken geäußert worden sind, weil Art. 64 Abs. 1 der Bundesverfassung offensichtlich eine Regelung für jeden einzelnen Fall einer länger als 20 Tage dauernden Verhinderung des Bundespräsidenten verlangt, das genannte Gesetz aber die Vertretungsfrage generell regelt.

Ich war daher der Meinung, daß dem Nationalrat Gelegenheit gegeben werden sollte, eine bundesgesetzliche Regelung für den Fall der derzeit eingetretenen, voraussichtlich länger als 20 Tage dauernden Verhinderung des Herrn Bundespräsidenten Dr. h. c. Franz Jonas zu beschließen.

Da diese bundesgesetzliche Regelung spätestens nach Ablauf von 20 Tagen, das ist am 15. April 1974, somit in der tagungsfreien Zeit des Nationalrates zu treffen gewesen wäre — bekanntlich hat der Herr Bundespräsident mit Entschließung vom 11. März dieses Jahres die Herbsttagung des Nationalrates mit 30. März 1974 für beendet erklärt und mit Entschließung vom 22. März dieses Jahres den Nationalrat beginnend mit 17. April 1974 zu seiner Frühjahrstagung einberufen —, war es erforderlich, den Nationalrat gemäß Art. 28 Abs. 2 des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929 zu einer mit 8. April dieses Jahres beginnenden außerordentlichen Tagung einzuberufen.

Präsident: Im Einvernehmen mit den Parteien weise ich sogleich die in der heutigen Sitzung eingebrachten Anträge

112/A der Abgeordneten Dr. Kreisky, Doktor Schleinzer, Peter, Robert Weisz, Dr. Koren und Genossen betreffend die Aufhebung des Bundesgesetzes, womit die Vertretung des Bundespräsidenten in Ausführung des Artikels 64 des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929 geregelt wird, und

113/A der Abgeordneten Dr. Kreisky, Doktor Schleinzer, Peter, Robert Weisz, Dr. Koren und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem die Vertretung des Bundespräsidenten Dr. h. c. Franz Jonas geregelt wird,

dem Verfassungsausschuß zu.

Über Ersuchen des Obmannes des Verfassungsausschusses gebe ich bekannt, daß der Verfassungsausschuß sogleich nach Beendigung dieser Sitzung zur Beratung der soeben zugewiesenen Initiativanträge im Lokal IV zusammentritt.

Die nächste Sitzung des Nationalrates berufe ich für heute, nach Vorlage und Verteilung der vom Verfassungsausschuß erstatteten Berichte, ein. 10 Minuten vor Beginn der Sitzung wird diese eingeläutet werden.

Auf die Tagesordnung dieser Sitzung werden die bereits genannten Berichte des Verfassungsausschusses über die Anträge 112/A und 113/A gesetzt werden, was allerdings voraussetzt, daß von der 24stündigen Auflagefrist hinsichtlich dieser Ausschlußberichte Abstand genommen wird.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 11 Uhr 10 Minuten